



# HESSISCHER LANDTAG

24. 06. 2003

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

**Antrag  
der Abg. Fuhrmann, Schäfer-Gümbel, Eckhardt,  
Habermann, Dr. Pauly-Bender,  
Dr. Spies (SPD) und Fraktion  
betreffend Ausbildung sichern - Lasten gerecht verteilen -  
Wirtschaft in die Verantwortung nehmen**

Eine Ausbildung im dualen System ist für den überwiegenden Teil der jungen Menschen in Deutschland die Basis für Arbeit und Einkommen, für Wohlstand und individuelle Lebenschancen. Die Verantwortung für die berufliche Ausbildung junger Menschen liegt vor allem bei den Unternehmen. Sie haben gerade auch im eigenen Interesse dafür Sorge zu tragen, dass ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen zur Verfügung steht. Die absehbare demographische Entwicklung unterstreicht die Notwendigkeit, rechtzeitig für qualifizierten Fachkräftenachwuchs zu sorgen.

Die aktuelle Situation am Ausbildungsmarkt gibt Anlass zu größter Sorge. Gerade in Hessen ist im April eine überdurchschnittlich schlechte Zwischenbilanz der Bundesanstalt für Arbeit vorgelegt worden. Immer mehr Unternehmen ziehen sich aus der Verantwortung für Ausbildung zurück. Nur noch ein knappes Drittel aller Unternehmen in Deutschland bildet überhaupt aus. Diese Minderheit der Unternehmen trägt - gemeinsam mit dem Staat - die gesamten Lasten für die berufliche Ausbildung junger Menschen, auf die letztlich alle Unternehmen angewiesen sind und von der alle Unternehmen profitieren.

Die finanziellen Aufwendungen des Staates für die berufliche Ausbildung sind in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen und lagen nach einer Untersuchung des Bundesinstituts für Berufsbildung im Jahr 2000 bei insgesamt rund 11 Mrd. €. Die Nettokosten der Wirtschaft bezifferte das BIBB für dasselbe Jahr auf rund 14,7 Mrd. €. Im Vergleich zu 1991 sind sie für Industrie und Handel in Westdeutschland um 1 v.H. gesunken, im Handwerk um 27 v.H. gestiegen.

Aktionen zur Schaffung von Ausbildungsplätzen, die rein appellativen Charakter haben, sind leider in der Regel zum Scheitern verurteilt. Deshalb hat die Bundesregierung den Unternehmern eine Frist bis zum 30. September 2003 gesetzt, um die erforderliche Zahl von Ausbildungsplätzen zu schaffen. Sollte diese Frist ungenutzt verstreichen, ist als Konsequenz eine verpflichtende Finanzierungsregelung angekündigt. Eine vergleichbare Initiative auf Landesebene erhöht die Chancen, die Unternehmen zum Einlenken zu bringen und der Jugend eine Chance zu geben.

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. die hessische Wirtschaft fortgesetzt und nachdrücklich daran zu erinnern, dass sie ihre Wettbewerbsfähigkeit gefährdet, wenn sie ihrer gesellschaftlichen Verpflichtung aus Art. 14 Abs. 1 und 2 GG zur Ausbildung junger Menschen und ihren Zusagen aus dem Bündnis für Arbeit, jedem jungen Menschen einen Ausbildungsplatz anzubieten, nicht nachkommt;

2. die hessischen Unternehmen und ihre Verbände vertraglich zu verpflichten, die erforderliche Zahl zusätzlicher Ausbildungsplätze bis zum Ende des Kalenderjahres zur Verfügung zu stellen;
3. für den Fall, dass die hessischen Unternehmer und ihre Verbände diese Verpflichtung nicht eingehen bzw. nicht einhalten, die finanzielle Beteiligung der hessischen Unternehmen, die nicht ausbilden, an den Ausbildungskosten sicherzustellen;
4. das Angebot an vollschulischen Ausbildungen nach dem Berufsbildungsgesetz dort auszuweiten, wo die größten Defizite bestehen.

Wiesbaden, 24. Juni 2003

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Walter**

**Fuhrmann**  
**Schäfer-Gümbel**  
**Eckhardt**  
**Habermann**  
**Dr. Pauly-Bender**  
**Dr. Spies**